

Ost-Berlin kündigt Schauprozeß an

Die Schuld am Posener Aufstand soll amerikanischen Agenten zugeschoben werden

Von unserer Berliner Redaktion

Berlin, 10. Juli

Die Justizbehörden der DDR wollen den Beweis erbringen, daß der Aufstand von Posen von amerikanischen Spionage-Organisationen angezettelt wurde.

Eigentliches Thema der Pressekonferenz war die Vorstellung des „Mannes mit dem Panzerschrank“.

Nach amerikanischer Ansicht war Hesse ein vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst (SSD) eingeschleuster Agent.

Soll eine SPD-Regierung die Wehrpflicht abschaffen?

(Fortsetzung von Seite 1)

Bestrebungen einzelner Vorstandsmitglieder, nach wie vor nicht ausgesprochen.

Von den zu erwartenden harten Auseinandersetzungen um diesen Entschuldigungsantrag ließ die Eröffnungssitzung des 7. Parteitag

Wie vorauszusehen, sind alle Versuche zum Scheitern verurteilt, die den Parteitag veranlassen wollen, direkte politische Gespräche mit der Regierung der DDR zu verlangen.

Die Wehrfrage wird von Mellies nur gestreift. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies erklärte in seiner Eröffnungsansprache.

Um die Verkleinerung des Bundeskabinetts

Neue Verhandlungen Adenauer—CSU / Die Zusammenarbeit in der Koalition soll verbessert werden

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 10. Juli

Wieder einmal wird in Bonn versucht, die Regierung und die sie tragende Koalition zu reformieren.

Montagabend suchte Adenauer Bundespräsident Heuss auf, dessen Zustimmung zur Entlassung oder Ernennung von Ministern erforderlich ist.

Bereits am vergangenen Samstag, wenige Stunden nach der Wehrpflichtdebatte, hatte der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die künftige Regierungs- und Koalitionspolitik erörtert.

Väterchen Nikita

Der Erste Sekretär der sowjetischen KP, Nikita Chruschtschow, soll nach Berichten der Londoner Zeitungen Daily Mail und Daily Telegraph am 24. Juni auf einem vom sowjetischen Verteidigungsministerium gegebenen Empfang die geladenen Vertreter fast aller Nationen in betrunkenem Zustand schwer beleidigt haben.

Politische Bildung — wieder vertagt

Unterausschuß des bayerischen Landtags prüft die Pläne erst im Herbst

München (SZ)

Der Plan einer Akademie für politische Bildung in Bayern ist trotz der Bemühungen der Regierungsparteien, ihn schnell zu verwirklichen, zunächst auf parlamentarisches Eis gelegt worden.

Bekanntlich hatten die Regierungsparteien die Errichtung einer örtlich gebundenen Politischen Akademie als Körperschaft des öffentlichen Rechts vorgeschlagen.

Frauenorganisationen, zu einem eingetragenen Verein zusammenschließen, der die Akademie tragen soll.

Im Grenzländauschuß des Landtags stellte sich am Dienstag der neue Beauftragte der Staatsregierung für die Grenzgebiete, Ministerialdirektor Heilmann vom Wirtschaftsministerium, vor.

Keine radioaktive Gefährdung, sagt Hahn

na. Mainz (Eigener Bericht)

Professor Otto Hahn übergab in Mainz zusammen mit Frau Dr. Lise Meitner und Professor Straßmann, die ihm 1938 bei der ersten erfolgreichen Kernspaltung im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin assistiert hatten, die neuen Gebäude des Max-Planck-Instituts für Chemie ihrer Bestimmung.

Tupini erneut Bürgermeister von Rom

Rom (UP)

Der christlich-demokratische Senator Umberto Tupini ist am Montag zum zweitenmal zum Oberbürgermeister von Rom gewählt worden.

Lübke wünscht Preistreiber-Paragrafen

Hamburg (dpa)

Bundesernährungsminister Lübke sprach sich erneut für die Wiedereinführung des Preistreiber-Paragrafen im Wirtschaftsstrafrecht aus.

Deutsche Industrie dankt Herbert Hoover

Köln (AP)

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hat anlässlich des 25. Jahrestages der Verkündung des Hoover-Moratoriums dem früheren Präsidenten der USA, Herbert Hoover, den Dank der deutschen Industrie für seine nach beiden Weltkriegen Deutschland entgegengebrachte verständnisvolle Haltung und Hilfeleistung in einem Handschreiben übermittelt.

Bundesrat und Wehrdienstzeit

Stuttgart (dpa)

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß neben dem vom Bundestag am 7. Juli verabschiedeten Wehrpflichtgesetz auch das Gesetz über die Dauer des Wehrdienstes, das die Bundesregierung bisher nicht vorgelegt hat, der Zustimmung der Länderorgane bedarf.

Wien läßt Malenkov ein.

(AP)

Wien läßt Malenkov ein. Der österreichische Ministerpräsident hat beschlossen, den sowjetischen Energieminister Malenkov zu einem Besuch einzuladen.

Bayernpartei sucht Wahlhilfe

Düsseldorf (AP)

Sprecher des Zentrums erklärte in Düsseldorf, ihre Partei weise mit der Bayernpartei, mit der Christlichen Volkspartei (CVP) an der Saar und mit der Gesamtdeutschen Volkspartei des früheren Bundesinnenministers Heinemann einige gemeinsame Grundzüge auf.

Der danische Ministerpräsident ergreift das Wort

(AP)

In fließendem Deutsch sagte der dänische Ministerpräsident Hansen als erster Sprecher der ausländischen Sozialisten: „Ich weiß sehr wohl, daß zwischen der SPD und anderen sozialistischen Parteien Westeuropas Meinungsverschiedenheiten über außenpolitische Angelegenheiten bestehen.“

Madrid (dpa)

Eine amerikanische Militärmission ist zu Verhandlungen über Verteidigungsprobleme in Madrid eingetroffen. Später sollen auch portugiesische Generalstabier hinzugezogen werden.

Berlin (AP)

Nach dem SED-Sekretär Walter Ulbricht hat am Montag der Zentralrat der kommunistischen Freien deutschen Jugend alle von der Wehrpflicht betroffenen westdeutschen Jugendlichen aufgefordert, den Wehrdienst zu verweigern und notfalls in die DDR zu fliehen.

Berlin (dpa)

Die Flucht von Sowjetzonen-Bewohnern in die Bundesrepublik ist jetzt kein Grund mehr für den Erlass eines Haftbefehls.

Vier Milliarden Dollar Auslandshilfe

Auslandshilfegesetz nicht ohne Kürzung verabschiedet / Bewilligungsgesetz wird beraten

Washington (UP)

Die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben das Auslandshilfegesetz für das Rechnungsjahr 1956/57 endgültig verabschiedet und Präsident Eisenhower zur Unterzeichnung zugeleitet.

Karatschi (UP)

Der amerikanische Vizepräsident Richard Nixon sagte am Montag in Pakistan, jede asiatische Nation, die sowjetische Hilfe annehme, riskiere, daß sie sich selbst „den Strick um den Hals“ legt.

Die USA wünschen mehr Stützpunkte in Spanien

Madrid (dpa)

Die Verhandlungen über Verteidigungsprobleme in Madrid eingetroffen. Später sollen auch portugiesische Generalstabier hinzugezogen werden.

Berlin (AP)

Nach dem SED-Sekretär Walter Ulbricht hat am Montag der Zentralrat der kommunistischen Freien deutschen Jugend alle von der Wehrpflicht betroffenen westdeutschen Jugendlichen aufgefordert, den Wehrdienst zu verweigern und notfalls in die DDR zu fliehen.

Berlin (dpa)

Die Flucht von Sowjetzonen-Bewohnern in die Bundesrepublik ist jetzt kein Grund mehr für den Erlass eines Haftbefehls.

Protostbrief Hilperth gegen Wehrpflicht

Göttingen (dpa)

Der Leiter des Deutschen Theaters in Göttingen, Heinz Hilperth, hat in einem Schreiben, das von allen Mitgliedern seines Ensembles unterzeichnet ist, bei Bundestagspräsident Gerstenmaier gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik protestiert.

Bulganin verteidigt den Korea-Krieg

Moskau (AP)

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin hat auf einem Empfang für eine nordkoreanische Regierungsdelegation in Moskau den Korea-Krieg als einen „gerechten Kampf für Unabhängigkeit und ein besseres Leben“ bezeichnet.

Amnestie in Ungarn

Budapest (UP)

Auf Empfehlung des Justizministeriums hat der ungarische Präsidialrat 11 398 Personen amnestiert, deren Verurteilung „mit der sozialistischen Kriminalpolitik nicht in Einklang steht“.

Lockrufe der FDJ an Wehrdienstgegner

Berlin (AP)

Nach dem SED-Sekretär Walter Ulbricht hat am Montag der Zentralrat der kommunistischen Freien deutschen Jugend alle von der Wehrpflicht betroffenen westdeutschen Jugendlichen aufgefordert, den Wehrdienst zu verweigern und notfalls in die DDR zu fliehen.

Schwarze Fahnen gegen Blank

Jülich, Niederrhein (dpa)

Schwarze Fahnen wehten am Dienstag über dem Eisenbahn-Ausbesserungswerk Jülich. Die Belegschaft wollte damit gegen die geplante Übernahme des Werkes durch das Bundesverteilungsministerium demonstrieren.

Weitere Nachrichten auf Seite 12

Süddeutsche Zeitung

Herausgeber: v. Friedmann, E. Goldschlags, Dr. F. J. Schöningh, A. Schwingenstein. Leitung des Verlages: Dr. F. J. Schöningh, Stellv. H. Dürmeyer. Chefredaktion: W. Erdmann, Stellvert. und Innenpolitik: H. Probst, Außenpolitik: J. Birnbaum; weitere leitende politische Redakteure: W. E. Suckow, M. Fackler, Kultur: Dr. H. J. Speer; Wirtschaft: Dr. W. Stutschi, Handel: Dr. E. Siegmeyer; München: B. Pollak; Bayern: E. Bäumer; Reise und Alpinen: G. Kressig; Reportagen: J. Steimayr; Sport: L. Koppewaller; Chef vom Dienst: H. Deiring; sämtliche Münchener Sendlinger Str. 90. Bonner Redaktion: H. A. v. Heintze; Berliner Redaktion: R. Bayer. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: O. Haug, für den Inhalt der Anzeigen: H. Steurer. Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 10 gültig. Satz, Platz und Aufnahmegebühren: Entgelt für den Abonnementpreis monatlich 4,40 DM, bei Postbezug zusätzlich 0,54 DM Zustellgebühr. Erfüllungsort und Gerichtsstand: München. Verlag und Druckerei: Süddeutscher Verlag GmbH, München, Sendlinger Straße 90. Postanschrift: München 3, Schleißkraß, Fernruf (München) 2 84 51. — Drahtort: Süddeutsche, Fernschreiber: 052 3426 stdd. ztg. mch. — Nachruf: Redaktion 2 84 51. Nachrichtenaufnahme: 2 84 50. Fernruf: 2 84 50. Auslieferung: 3 24 St. Postcheckkonto München 53 41. Bei Nichterschienen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschuldigungsanspruch. Für die Herausgabe in Österreich verantwortlich: Hans G. Kränzer, Wien 1, Pratergasse 8.